

RUSSLAND

Schuss ins All

Mit neuen Spionagesatelliten im All will Russland seinen Großmachtstatus untermauern. Für den 26. Dezember war der Abschuss einer „Proton“-Rakete von dem kasachischen Weltraumbahnhof Baikonur geplant, die mit drei auch militärisch nutzbaren Satelliten bestückt wurde. Am 28. Dezember wollen Russlands kosmische Streitkräfte darüber hinaus in Plessezk unweit der Polarstadt Archangelsk einen „Mini-Sputnik“ mit einer Rakete vom Typ „Zyklon-3“ in den Orbit schießen. Zuletzt hatten Moskaus Weltraumkrieger am 10. Juni einen Spionagesatelliten in die Umlaufbahn geschickt. Von den elf kosmischen Horchstationen, die Russland in diesem Jahr ins



„Proton“-Rakete in Baikonur

Weltall sandte, dienen insgesamt acht militärischen Zwecken. Dem Verteidigungsministerium gehören damit nach

offiziellen Angaben mehr als 60 Prozent aller russischen Raumflugkörper, die derzeit die Erde umkreisen.

INDIEN

Anstößiges Sex-Video

Condoleezza Rice, designierte US-Außenministerin, hat sich in eine Mordebatte eingeschaltet, die seit vorletzter Woche das prüde Indien erregt und sogar das Unterhaus in Neu-Delhi beschäftigte. Der Anlass: Ein Pärchen, 17 und 16 Jahre alt, hatte sich per Handy beim Oralsex gefilmt. Später fand die gewagte Szene als Kaufvideo



Verhafteter Täter

auf der indischen Website des Online-Auktionshauses Baazee.com landesweite Verbreitung – was strikt verboten ist.

Daraufhin wurden die Laiendarsteller von ihrer Eliteschule in Neu-Delhi verwiesen, der Junge wurde – mit verhülltem Kopf – festgenommen. Hinter Gitter kamen auch ein Jugendlicher, der die Aufnahme angeboten hatte, sowie vorübergehend Baazee.com-Chef Avnish Bajaj, obwohl der den Verkauf des Sex-Clips umgehend gestoppt hatte. Da Harvard-Absol-

vent Bajaj die amerikanische Staatsbürgerschaft besitzt und Baazee.com der US-Internet-Börse EBay gehört, äußerte Rice „Besorgnis“ über seine Festnahme. Sie sieht nationale Interessen gefährdet, auch, weil Indien der weltweit am stärksten wachsende Markt für Mobiltelefone ist. Während die hindu-nationalistische Oppositionspartei BJP gegen die Einmischung aus Washington reflexartig protestierte, reagieren liberale Inder eher selbstkritisch: „Unsere veralteten Gesetze sind für die diversen gesellschaftlichen Nebenwirkungen der Globalisierung einfach nicht angemessen verfasst“, so der Sozialwissenschaftler Ashish Nandy.

TSCHECHIEN

Kalkül statt Reue

Die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (KSČM), die einzige nichtgewendete Kaderpartei in den neuen EU-Mitgliedsländern, sagt sich 15 Jahre nach der Wende im Ostblock von ihrer Geschichte los. „Ich identifiziere mich in keiner Weise damit, was in den fünfziger Jahren und 1968 passiert ist“, erklärte KSČM-Vorsitzender Miroslav Grebeníček auf einer Sitzung des Zentralkomitees seiner Partei. Grebeníček fordert, die Verbrechen der Vergangenheit – die stalinistische Verfolgung der Opposition und das Niederwalzen der Demokratiebewegung während des „Prager Frühlings“ – endlich „objektiv“ zu beurteilen. Seit der „samtenen Revolution“ 1989 hatten die Prager Kommunisten sich ideologisch kaum von der Stelle gerührt, unverzagt auf den Sieg der Arbeiterklasse gehofft und heftig gegen den Beitritt des Landes zur Europäischen Union polemisiert. Einzig Hammer und Sichel im Parteiemblemm wurden gegen zwei Kirschen ausgetauscht. Dennoch offenbart Grebeníčeks Wende nicht Reue, sondern politisches Kalkül: Die Kommunisten wollen heraus

aus dem linken Ghetto, um als Koalitionspartner salonzfähig zu werden. Der KP-Führer versucht, durch den Positionswechsel „die Stimmen von Menschen zu gewinnen, die von der Sozialdemokratie enttäuscht sind“. In Umfragen rangieren die Kommunisten derzeit als zweitstärkste Partei hinter der bürgerlichen Opposition, während die regierenden Sozialdemokraten zurzeit lediglich 11,5 Prozent erreichen.

Demonstranten, russische Panzer 1968 in Prag



LIBOR HAJSKY / AFP